



Ende November wurde mit dem Anlegen der neuen Gärten begonnen. (Bild: Keiper)

FEUDENHEIMER AU: Karlsruher Regierungspräsidium sieht keinen Anlass für Flächen als Ausgleich / Vereinbarung zwischen Stadt und Betroffenen platzt

Neue Gärten wegen Radweg – Behörde sagt „Nein“

Der für den Bau des Radschnellwegs geplante Ausgleich der betroffenen Kleingärtner in der Feudenheimer Au wird nicht wie vorgesehen funktionieren. Das teilte Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) in der Sitzung des Konversionsausschusses den sprachlos wirkenden Stadträten mit. Wegen der neuen Situation habe man beim Anlegen der neuen Gärten, die an einer anderen Stelle in der Au entstehen sollen, nun einen Baustopp verhängt.

Vorgesehen war, dass 26 Kleingärten verlegt werden, um Platz für die Schnellwegtrasse zu schaffen. Dafür wird es aber keine Zustimmung des Karlsruher Regierungspräsidiums (RP) geben, wie Kurz berichtete. Das RP vertritt demnach die Rechtsposition, dass den Kleingärtner kein Ausgleich in Form von neuen Flächen am gleichen Ort zusteht. Und dass in einem Landschaftsschutzgebiet wie der Au nicht einfach neue Gärten angelegt werden dürfen. Weil es nicht zwingend einen Aus-

gleich vor Ort geben müsse, sei ein Eingriff ins Landschaftsschutzgebiet durch den Bau neuer Gärten daher nicht gerechtfertigt, argumentiert das RP nach Angaben von Kurz.

Dem Oberbürgermeister zufolge handelt es sich bislang nur um eine mündliche Mitteilung aus der Karlsruher Behörde, die man „vor anderthalb Tagen“ bekommen habe. Ein schriftlicher Bericht liege noch nicht vor. Zur Genehmigung des Radwegs selbst hatte die Stadt Anfang Dezember ein sogenanntes Planfeststellungsverfahren beim RP eingereicht. Dieses laufe weiter, so Kurz.

„Ich bin einigermaßen sprachlos“, sagte CDU-Fraktionschef Claudius Kranz. „Ich bin davon ausgegangen, dass das, was man als Vorschlag aus der Verwaltung bekommt, auch rechtlich Hand und Fuß hat.“ Das Rathaus hätte seiner Ansicht nach das alles vorher beim RP „ausloten müssen“. Aber daran habe wohl keiner gedacht, schimpfte Kranz nach der Sitzung. Für ihn ist die Zustimmung seiner Fraktion zum Schnellweg nun nicht mehr gültig. „Wir haben sie nur unter der Voraussetzung gegeben, dass die Kleingärtner einen Ausgleich in der Au bekommen.“ Auch Gabriele Bauer (Grüne) war „überrascht“ von der Nachricht. „Was heißt das für den Bauablauf?“, wollte sie wissen.

Erst vor ein paar Tagen hatte der Bezirksbeirat Feudenheim einen Vorschlag für eine veränderte Trassenführung ins Spiel gebracht (wir berichteten). Die neue Route sollte bestehende Wege in der Au stärker nutzen. Damit könnten auch die Kleingärten bleiben, wo sie sind. Der Oberbürgermeister begründete den Baustopp auch damit, dass man den Vorschlag prüfen wolle. Das Problem sei, dass dieser Vorschlag die vorgegebene Breite für Schnellwege an manchen Stellen nicht einhalte.

„Wir müssen jetzt prüfen, wie wir damit umgehen“, sagte Kurz mit Blick auf die Nachricht aus Karlsruhe. Das könne einige Wochen dauern. Möglich wäre, dass die Kleingärtner eine finanzielle Entschädigung bekämen – oder Gärten an einem anderen Ort.